



Guten Morgen

In Sachen Oberbekleidung – Sie merken das vielleicht schon am etwas angestaubten Wort – ist Kiebitz persönlich ja eher dem leicht konservativen Lager zugeneigt. Heutzutage, so scheint es ihm zuweilen, kann man froh sein, wenn man überhaupt noch ein schlichtes T-Shirt, ohne irgendwelchen Firlefanz in Gestalt von mehr oder weniger originellen Aufschriften, ausfindig macht. Die textilen Sinnsprüche à la „Bier formte diesen wunderbaren Körper“ sind inzwischen Legion. Geschenkt, weil Geschmacksache. Neulich aber lief Kiebitz eine Dame im besten Alter über den Weg. Auf ihrem Sweatshirt stand zu lesen: „Ich hab' nichts zum Anziehen“. Pullover paradox, könnte man sagen. Aber wer weiß. Vielleicht handelte es sich hier ja wirklich um einen klassischen Klamottennotfall, also wollen wir mal nicht so sein.



Wenige Handy-Verstöße, viele Tempo-Sünder

KREIS HEINSBERG Nach dem kreisweiten Kontrolltag zum Thema „Ablenkung“, der am Donnerstag im Rahmen der länderübergreifenden Verkehrssicherheitsaktion unter dem Motto „sicher.mobilen.leben“ stattfand, hat die Polizei-Präsenzstelle am Freitag Bilanz gezogen. Die Zahl der Handy-Verstöße hielt sich in Grenzen: Nur neun Autofahrer und vier Fahrradfahrer hatten sich durch die Benutzung ihres Mobiltelefons während der Fahrt vom Verkehrsgeschehen ablenken lassen. Deutlich mehr andere Vergehen waren zu ahnden: 30 Autofahrer hatten den Sicherheitsgurt nicht angelegt, 20 Verkehrsteilnehmer hatten Vorfahrt oder Vorrang nicht beachtet. Unter Alkohol- oder Betäubungsmittelfluss standen vier Fahrer. Auch die Geschwindigkeit wurde mit mobilen Messgeräten kontrolliert. Dabei wurden 6120 Fahrzeuge gemessen, von denen 1024 zu schnell unterwegs waren. 897 Verwarnungsgelder und 127 Anzeigen waren die Folge. Die „traurigen Spitzenreiter“ waren außerhalb geschlossener Ortschaften im Bereich einer 70er-Zone um 60 km/h und im Bereich einer 50er-Zone um 73 km/h zu schnell unterwegs. In den kommenden Wochen soll es weitere solcher Kontrollen geben, kündigte die Polizei an.

Schützenempfang der Stadt Geilenkirchen

GEILENKIRCHEN Die Stadt Geilenkirchen lädt zum Schützenempfang am Samstag, 13. Oktober, in das Haus Basten, Konrad-Adenauer-Straße, ein. Die Veranstaltung beginnt um 10.30 Uhr.

KONTAKT

Geilenkirchener Zeitung

Lokalredaktion

02451 40956-30

Mo.-Fr. 9-18 Uhr

lokales-geilenkirchen@zeitungsverlag-aachen.de

Haihover Str. 50, 52511 Geilenkirchen

Kundenservice

0241 5101-701

Mo.-Fr. 6.30-18 Uhr, Sa. 6.30-14 Uhr

kundenservice@zeitungsverlag-aachen.de

Vor Ort:

Buchhandlung Lyne von de Berg
(mit Ticketverkauf)
Gerbergasse 5, 52511 Geilenkirchen
Mo.-Fr. 9-18 Uhr, Sa. 9.30-13 Uhr

Anzeigenberatung für Geschäftskunden

02451 40956-21

mediaberatung-geilenkirchen@zeitungsverlag-aachen.de

Apfelstraße 48, 52525 Heinsberg

Aachener Zeitung

www.aachener-zeitung.de/kontakt



Viele Unterstützer des Projektes Amsel-Schule hatten sich auf dem Weg zum Gangelter Rathaus gemacht. Am Ende – zumindest vorläufig – vergebens.

FOTO: KARL-HEINZ HAMACHER

Amsel-Schule weiter in der Schwebewe

Gangelter Bauausschuss trifft keine Entscheidung. Weitere Debatten im Schulausschuss und im Rat folgen.

VON KARL-HEINZ HAMACHER

GANGELT Es wäre der entscheidende Schritt für die Pläne der Amsel-Schule in Gangelte gewesen: Der Bauausschuss sollte über eine Flächennutzungsplanänderung und die Aufstellung eines Bebauungsplanes entscheiden.

Ein Grundstück am Rande des Schulzentrums war ins Auge gefasst worden, um den „Amseln“ eine Heimstatt zu bieten. Bei einem Ja als Empfehlung an den Rat wäre eine entscheidende Hürde genommen worden. Es gab kein Ja, und es gab kein Nein; es war auch keine Tendenz bei den Mitgliedern des Bauausschusses auszumachen. Es fehlt, so formulierte es der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Mil-

thaler, an Informationen. „Wir Kommunalpolitiker sind bisher nur über die Zeitung über das Projekt Amsel-Schule informiert worden!“

Zwar sei der Bauausschuss für das Grundstück zuständig; die grundsätzliche Haltung zu dem Schulprojekt in privater Trägerschaft solle aber über den Schulausschuss erfolgen, waren sich Milthaler für die CDU und Rainer Amsel, SPD, einig.

Karl-Heinz Milthaler erläuterte, dass er Kristina Dahlmans vom Förderverein telefonisch über dieses Vorhaben informiert habe. So wur-

de kurzfristig für den 8. Oktober um 18 Uhr eine Schulausschusssitzung einberufen, bei der das Projekt Amsel-Schule von den Initiatoren vor-

gestellt werden soll. Tags darauf tagt der Rat der Gemeinde. Hier könnte dann eine richtungsweisende Entscheidung getroffen werden. „So beweisen wir unseren Willen, das Projekt nicht auf die lange Bank zu schieben“, verwies der CDU-Mann darauf, dass so oder so erst der Rat eine verbindliche Entscheidung treffen kann.

Rund 40 der Initiatoren und Fördervereinsmitglieder hatten mit Pla-

katen den Weg zum Gangelter Rathaus gefunden, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen und für die Sache zu werben.

Geplant ist eine einzügige Grundschule, die am Ende rund 80 Kinder beherbergen soll. Das Schulkonzept ist an die Montessori-Pädagogik angelehnt. Die wird bereits in der Kindertagesstätte „Kinderreich“ in Gangelte angewandt. Dieser Kindergarten, der sich aktuell im Hochhaus der Via Nobis befindet, hat gerade einen Neubau im Baugebiet „Gangelte-Nord-V“ mit rund 85 Plätzen in Angriff genommen. Mittelfristig soll die Amsel-Schule zu einer weiterführenden Schule bis Klasse 10 ausgebaut werden.

Für die nächsten fünf Schuljahre ab dem Schuljahr 2019/20 liegen

mehr als 80 Voranmeldungen vor. 50 Prozent davon aus der Gemeinde Gangelte, der Rest aus dem Kreis Heinsberg.

Kristina Dahlmans erinnert in einem Gespräch mit unserer Zeitung daran, dass die Bezirksregierung in Köln die Schule tragen würde. Das ist also anders als bei der Mercator- oder Gesamtschule, wo die beteiligten Gemeinden als Schulverband zuständig sind. 87 Prozent der laufenden Kosten für die Amsel-Schule würde das Land tragen, der Rest müsste von der Schulgemeinschaft durch Eigenleistung und Elternbeiträge aufgebracht werden. Erst Ende August, also vor wenigen Wochen, sei Einigkeit mit einem Grundstückseigentümer erzielt worden.

„Wir Kommunalpolitiker sind bisher nur über die Zeitung über das Projekt Amsel-Schule informiert worden.“

Karl-Heinz Milthaler, CDU-Fraktionschef



In einem katastrophalen Zustand ist der Synagogenplatz im Herzen der Stadt. Solange die Zukunft der ehemaligen Stadthalle ungewiss ist, kann er nicht ausgebaut werden.

FOTO: UDO STÜSSER

Erinnerung an die Pogromnacht

Aber auch für die Gedenkveranstaltung keine festen Einbauten auf Synagogenplatz

VON MANFRED HAHN

GEILENKIRCHEN An die Pogromnacht, die sich in der Nacht vom 9. auf den 10. November zum achtzigsten Mal jährt, soll auch in Geilenkirchen, wo 1938 wie in vielen anderen Orten die Synagoge in Flammen aufgeht, in einem würdevollen Rahmen erinnert werden. Über die Vorbereitungen berichtete im Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur für Bildung, Soziales, Sport und Kultur Gort Houben als neuer Leiter des Stadtbetriebes und folgte damit einem Antrag, den die SPD-Fraktion gestellt hatte.

Houben wies auf die grundsätzliche erforderliche Neugestaltung des

Synagogenplatzes hin, aber auch darauf, dass man noch keine Festeinbauten mit Stelen oder Steinen aus der ehemaligen Synagoge vornehmen wolle, da unklar sei, wie sich die Zukunft der angrenzenden ehemaligen Stadthalle entwickle.

Für eine würdige Gedenkveranstaltung werde man einen Rahmen schaffen, der wieder zu entfernen sei. So sollen auf drei Trägern Tafeln angebracht werden, die in Wort und Bild an die Pogromnacht und das Schicksal der Geilenkirchener Juden erinnern. Das geschehe in Absprache mit den Bürgern Karl-Heinz Nieren und Heinz Wolf, die sich für die Initiative „Erinnern“ um das Thema

bemühten. Diese eigentlich positiven Aussagen weckten erhebliche Irritationen, als von den als beratende Mitglieder dem Ausschuss angehörenden Schulleitern Uwe Böken (Gesamtschule) und Peter Pauli (Realschule), beide Mitglieder der Initiative, festgestellt wurde, dass die von Gort Houben genannten Gesprächsteilnehmer dieser Initiative nicht mehr angehören. „Das ist völlig an uns vorbeigegangen“, sagte Böken zu den Vorbereitungen. Die Initiative bestehe auch ohne die früheren Mitglieder als für alle Bürger offene Gruppe weiter, und für den Gedenktag bereite man durchaus etwas vor.

Grundstück der alten Polizeiwache die Lösung?

Geilenkirchener Grüne bringen eine Alternative für die Musikschule ins Spiel. Diskussion um das Vorgehen der Verwaltung.

VON UDO STÜSSER

GEILENKIRCHEN Die Musikschule könnte bei einem Umzug in die Realschule ihren Platzbedarf nicht decken, ohne die weitere Entwicklung der Realschule zu gefährden. Wie wir bereits gestern berichteten, wurden aus diesem Grund diese Pläne erst einmal ad acta gelegt. Ob nun ein Anbau die Lösung ist, oder ob es Alternativen gibt, muss geprüft werden.

Beigeordneter Herbert Brunen erklärte in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur am Donnerstagabend, warum die Verwaltung die Realschule als neuen Standort für die Musikschule ausgewählt habe. „Die Gemeindeprüfungsanstalt NRW hat einen Raumüberhang festgestellt. Deshalb haben wir versucht, den Raumbedarf der Musikschule in

die Realschule zu projizieren. Diese Überlegungen haben wir gegenüber dem Musikschulvorstand und dem Realschulleiter kommuniziert, aber immer unter der Prämisse, dass die Realschule nicht spürbar belastet wird“, sagte Brunen. Dann habe man festgestellt, dass diese Pläne nicht zu realisieren seien, ohne neue Räume zu schaffen. Die Gemeindeprüfungsanstalt nämlich habe bei ihrer Berechnung unter anderem den Raumbedarf der Offenen Ganztagschule vergessen.

Kritik an der Vorgehensweise kam von den Grünen: „Der Punkt kommt zu spät auf die Tagesordnung. Bevor solch eine Planung ins Detail geht, muss der Fachausschuss entscheiden, ob er das überhaupt will“, sagte deren Fraktionschef Jürgen Benden. Die Verwaltung habe bisher immer nur in Richtung Realschule gedacht. „Wäre ein Neubau viel-

leicht nicht besser? Vielleicht auf dem Grundstück der alten Polizeiwache?“, fragte Benden. Zwar sei das Land Eigentümer dieses Grundstücks, aber man könne schließlich

Gespräche führen. Benden forderte, von nun an „transparent, offen und gemeinsam“ zu planen. Den Vorwurf der Grünen wollte Brunen so nicht im Raum stehen lassen:



Auf dem freien Platz neben dem Finanzamt stand die alte Polizeiwache. Könnte man hier ein Musikschulgebäude errichten?

FOTO: UDO STÜSSER